



Niederschrift

Sozialausschuss
20. März 2019, 16:30 Uhr
öffentlich
Großer Sitzungssaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: BM Martin Lenz
Protokollführerin: Silke Hauck

Teilnehmende (siehe Anwesenheitsliste)

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden. Er entschuldigt die Herren Pflaum und Köhler (Caritas) sowie die Herren Stadträte Dr. Müller (CDU) und Braun (KULT).

TOP 1: Jobcenter Stadt Karlsruhe – Jahresbilanz 2018
- Vorlage und mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Zenkner, Agentur für Arbeit und Herrn Kölmel, Jobcenter.

Herr Kölmel (Jobcenter) stellt die Jahresbilanz 2018 des Jobcenters vor. Er informiert über die wichtigsten Ergebnisse und teilt mit, dass das vergangene Jahr sowohl für das Jobcenter als auch die Kundinnen und Kunden wieder sehr erfolgreich war.

Frau Stadträtin Fischer (SPD) erklärt, trotz der positiven Zahlen bekomme sie immer wieder von sozialen Trägern Rückmeldung zu Personen, für die keine Maßnahme greife, die „übrig“ blieben. Hier sehe sie es als Aufgabe des Sozialausschusses, diese Menschen im Visier zu haben und zu überlegen, wie man ihnen weiterhelfen könne. Auch wichtig sei ihr, im Blick auf die zehn Prozent erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die ein Einkommen von über 850 Euro erzielen, zu schauen, wie man diese dazu bringen könne, mehr am Arbeitsleben teilzuhaben oder auch zu ergründen, warum dies nicht gehe. Da das Handwerk Menschen suche, interessiere sie, wie man mit der Kreis-handwerkerschaft zusammenarbeite und wie man bzgl. des Übergangs Schule Beruf hier unterstützend tätig werde, dies auch hinsichtlich junger Flüchtlinge.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) teilt mit, ihre Fraktion freue es, dass die Zahlen insgesamt runter gingen. Ebenso begrüße sie die Unterstützung von Alleinerziehenden, die Integration von behinderten Menschen und, dass das Jobcenter seine Beratungskompetenz weiter erhöhen möchte. Hinsichtlich der sanktionierten Menschen werde ihrer Fraktion häufiger zugetragen, dass sich unter diesen auch welche mit Depressionen, Drogen- oder Alkoholproblemen befänden und die Sanktionen bei diesen kranken Menschen dazu führen, sie erst recht in die Isolation zu treiben. Deshalb möchte sie wissen, wieviele Menschen jeweils zu wieviel Prozent sanktioniert wurden? Wie viele der Sanktionen Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter drei und unter sechs Jahren betrafen? Wie viele Personen darunter Alkohol- oder Drogenprobleme bzw. psychische Erkrankungen haben? Wie viele Schwangere darunter waren, wie viele Suizidgefährdete? Und wie man mit diesen Menschen im Hinblick auf Sanktionen umgehe.

Herr Stadtrat Krug (CDU) erklärt, er schließe sich von Seiten seiner Fraktion dem Lob an und freue sich, über die Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Dass man nun beim „harten Kern“ angelangt sei und Maßnahmen immer schwieriger greifen, sei nachvollziehbar. Hier müsse man Geduld aufbringen, habe aber hier unterstützend auch die AFB und andere städtische Stellen.

Herr Stadtrat Konrad (GRÜNE) interessiert, wie viele Berechtigte nicht an Maßnahmen teilnehmen konnten und die Quote derer, die an Arbeitsfördermaßnahmen teilnehmen konnten. Ebenso wie viele Klagen von Leistungsbeziehenden erfolgreich waren.

Herr Stadtrat Borner (GRÜNE) fügt an, hinsichtlich der Klagen interessiere ihn, was die Gründe für die 21 Urteile gegen das Jobcenter waren und ob man daraus Schlüsse ziehe. Zu den BuT-Anträgen möchte er wissen, wieviele Kinder berechtigt seien und woran man es fest mache, dass zu wenige Berechtigte einen Antrag stellen.

Herr Zenkner (Agentur für Arbeit) antwortet auf Nachfragen von **Herrn Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke)** und **Herrn Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)**, hinsichtlich einer Prognose zu Konjunktur und Arbeitsmarkt, dass man hier zwar „Wolken am Horizont“ habe, aber angesichts von vielen Unwägbarkeiten eine Abschätzung unheimlich schwierig sei. Arbeitsmärkte haben zu Konjunkturen eine nachlaufende Tendenz. Sagen könne er, dass es Megatrends gibt, die schneller laufen als er dachte, wie z. B. die Digitalisierung und Demographie. Hier seien Fortbildung und Weiterqualifikation für zukünftige Arbeitsplätze weiterhin das Gebot der Stunde. 2019 sei wichtig, mit dem Qualifizierungschancengesetz der Bundesregierung auf Betriebe zuzugehen.

Herr Kölmel (Jobcenter) teilt mit, dass es richtig sei, was **Frau Stadträtin Fischer (SPD)** sagte, dass die „übrige“ Klientel einen anderen Bedarf habe. Hierfür habe man intern im Jobcenter eine Maßnahmegruppe, in der man über diese Bedarfe rede und steuere immer mal wieder um. In Karlsruhe bestehe zum Glück eine große Trägerlandschaft mit sozialen Trägern und den AFB. Ebenso habe man mit § 16 i SGB II eine gute Maßnahme. Wichtig sei, dass kein Stillstand entstehe. Einzelcoachings hätten z. B. im Vergleich zu Gruppenmaßnahmen inzwischen einen höheren Stellenwert eingenommen, da man mit diesen die Menschen besser erreiche. Dass 850 Euro-Kräfte nicht mehr dazuverdienen, habe unterschiedliche Gründe. Zum Beispiel, dass sie wegen Kinderbetreuung, Schulbesuch, Pflege nicht in der Lage seien, einen Vollarbeitsplatz auszufüllen. Man sei an diesen und auch an den 450 Euro-Kräften dran, gebe diesen auch Zusagen im Rahmen § 16 i SGB II, wenn sie einen Arbeitgeber überzeugen können, vollzeitbeschäftigt zu werden. Bezüglich des Handwerks sei er froh, dass im Beirat auch die Kreishandwerkerschaft vertreten ist. In der Handwerkszeitung wurde bundesweit bereits der § 16 i SGB II beworben. Die Fragestellung zu den Sanktionen hatte er im Vorfeld bereits von der GRÜNEN-Fraktion erhalten. Im Jahr 2018 gab es 2.4000 Sanktionen wegen Meldeversäumnissen. Sanktioniert werde erst beim zweiten Mal. Die Betroffenheit lag bei BG mit Kindern unter 3 Jahren und unter 6 Jahren unter 5 Prozent, bei den sonstigen BG bei 3 Prozent. Wer von diesem Personenkreis alkohol-, drogen- oder psychische Probleme etc. habe, könne er aus Datenschutzgründen nicht sagen, da das Jobcenter niemanden negativ kennzeichnen dürfe. Entstehe aber der Eindruck, dass solche Probleme zugrunde liegen, schalte man den Sozialen Dienst ein. 53 Personen wurden auf 100 Prozent sanktioniert. Bei einer 100 Prozent-Sanktion erhalten die Betroffenen Lebensmittelgutscheine. Sanktioniert werde nur der Betroffene, nicht die anderen in der BG Lebenden. Bei drohender Wohnungslosigkeit informiere man die Fachstelle W und zahle auch Kosten der Unterkunft. Bezüglich der Quote an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sei es so, dass jeder an einer solchen teilnehmen könne, der motiviert sei. Dem Einstieg in eine Vollausbildung gehe eine psychische Eignungsuntersuchung voraus, da es dem Jobcenter wichtig sei, Kundinnen und Kunden nicht zu verbrennen. 21 Klagen wurde stattgegeben. Nach Gerichtsergebnissen schule man Mitarbeitende. Bzgl. BuT erhielten 3.500 Kinder Leistungen, bei 11.000 Anträgen und etwa 4.000 Berechtigten.

Herr Stadtrat Herrmanns (SPD) kommt um 17:30 Uhr zur Sitzung.

Frau Stadträtin Anlauf (GRÜNE) erklärt, ihr gehe es um die Menschen, die zu Maßnahmen von Trägern gehen, aber zu 100 Prozent oder auch weniger sanktioniert werden. Darunter seien abhängige Menschen mit Drogen- und Alkoholproblemen und sie denke, dass Sanktionen diese nur noch mehr in die Abwärtsspirale führen und finde es wichtig, hier etwas zu verändern. Deshalb hätte sie hierzu gerne schriftlich Zahlen, auch wie viele Kinder von Sanktionen betroffen seien.

Der Vorsitzende sagt eine schriftliche Information hierzu zu.

Herr Kölmel (Jobcenter) antwortet auf Nachfrage von **Herrn Stadtrat Konrad (GRÜNE)**, dass der Soziale Dienst jederzeit auch ohne Sanktionen eingeschaltet werde, wenn bei einer Vermittlungskraft der Eindruck entstünde, dass dies wichtig sei.

Der Vorsitzende dankt für die intensive Debatte.

Beschluss:

Kenntnisnahme.

TOP 1 ist damit beendet.

Der öffentliche Teil endet um 17:50 Uhr.

Dem öffentlichen Teil der Sitzung folgt ein nicht öffentlicher Teil.

Zur Beurkundung:

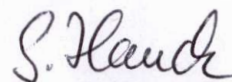
Gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister



Die Schriftführerin:



Silke Hauck

02.05.19

Beschluss:

1. Verteiler per Post an:
 - Dez. 1
 - Dez. 3
2. Eingescanntes Protokoll per E-Mail an:
 - StK
 - POA
 - Dir. SJB/Fr. Langeneckert
 - SAL/Herr Dietz
 - Sozialplanung/Frau Greiner
3. Hauptamt/Ratsangelegenheiten per E-Mail: ratsangelegenheiten@ha.karlsruhe.de
4. Hauptregistratur per E-Mail:
5. Z. d. A. (416.135)